

mandelbaum *kritik & utopie*

KARL REITTER KRITIK DER LINKEN KRITIK AM GRUNDEINKOMMEN



LabourNet.de Germany



Label-Nachdruck Germany

kritik & utopie ist die politische Edition im
mandelbaum verlag.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische und
außeruniversitäre wissenschaftliche Arbeiten.



Karl Reitter

KRITIK DER LINKEN KRITIK AM GRUNDEINKOMMEN

mandelbaum *kritik & utopie*

Gedruckt mit Unterstützung von



© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2021
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Laura Hörner
Satz: Kevin Mitrega
Umschlag: Martin Birkner
Druck: Primerate, Budapest



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1 Grundfragen des Grundeinkommens	10
2 Einiges zum Neoliberalismus	21
3 Neoliberalismus, Grundeinkommen und der Sozialstaat	36
4 Primärverteilung und/oder Sekundärverteilung	62
<i>Exkurs: Überlegungen aus der Marxschen Perspektive</i>	76
5 Die Dynamik der Erwerbsarbeitslosigkeit oder Mythos Arbeitszeitverkürzung	90
6 Lohnarbeit, soziale Identität und die »inneren Werte« der Lohnarbeit	118
7 Die feministische Perspektive	138
8 Auf Kosten anderer leben – die Nur-Grundeinkommens-EmpfängerInnen als neue ausbeutende Klasse?	154
9 Der ideologische Kern der Kritik am Grundeinkommen	183
10 Ausgewählte KritikerInnen des Grundeinkommens und ihre Argumente	189
11 Was die Orientierung auf das Grundeinkommen tatsächlich bedeutet und was, es abzulehnen	223
Nachbemerkung	232
Literatur	236
Anhang: Dimensionen der Finanzierung eines Bedingungslosen Grundeinkommens	249



Einleitung

Warum dieses Buch? Regelmäßig erscheinen Bücher, Artikel und Blogbeiträge, die Argumente gegen die Idee des Grundeinkommens vorbringen. Die Antwort auf diese Kritik wird zur niemals endenden Aufgabe, die irgendwann ermüdet und die Gefahr des Verzettels in sich birgt. Dies auch deshalb, weil sich die Kritikpunkte permanent wiederholen und überschneiden. 7 Unbeirrt werden seit Jahren, ja Jahrzehnten stets dieselben Einwände vorgebracht, entkräftende Argumente werden ignoriert und kaum zur Kenntnis genommen. Es erschien mir also sinnvoll, alle linken Einwände systematisch darzustellen und einer Gegenkritik zu unterziehen. Die Kritik am Grundeinkommen wird selbstverständlich trotz dieses Buches weitergehen. Aber ich möchte den KritikerInnen hiermit einen Vorschlag unterbreiten: Wenn sie ein Argument gegen das Grundeinkommen vorbringen möchten, das ich in diesem Buch nicht berücksichtigt habe, so lasst es mich bitte wissen. Ich bin gespannt und werde diese neuen Einwände, so es sie gibt, auf meiner Webseite (reiterk.wordpress.com) gerne dokumentieren und beantworten.

Das Grundeinkommen scheint keine Forderung wie viele andere zu sein. Dass über politische Orientierungen kritische Debatten zu führen sind, liegt in der Natur der Sache. Aber die Vehemenz der Kritik ist doch erstaunlich. Das Grundeinkommen wird nicht bloß kritisiert, es wird als gefährlicher Irrweg gebrandmarkt und von manchen als Trojanisches Pferd des Neoliberalismus denunziert. Selbst das Zugeständnis, das Grundeinkommen könnte doch – unter anderem – eine sinn-



volle, zumindest ernsthaft zu diskutierende Orientierung darstellen, findet sich bei unseren KritikerInnen kaum. Die Forderung nach einer kostenlosen sozialen Infrastruktur, die Anliegen der Degrowth-Bewegung, die Bekämpfung der Armut, der Widerstand gegen Kürzungen im Sozialbereich – all diese Anliegen lassen sich sehr gut mit der Perspektive auf das Grundeinkommen verbinden und kombinieren. Warum also diese Vehemenz der Kritik? Warum diese Unduldsamkeit? Weshalb das Grundeinkommen nicht als eine gleichberechtigte Forderung unter vielen anderen diskutieren? Aus welchen Gründen polarisiert

8 diese Forderung so sehr?

Die Antwort: Es kann nicht an den Argumenten selbst liegen. Es muss auch an der gesellschaftlichen und ideologischen Positionierung der KritikerInnen liegen. Fast alle unsere KritikerInnen können folgenden drei Bereichen zugeordnet werden: Erstens sind es FunktionärInnen von Parteien, Gewerkschaften und Interessenvertretungen. Zweitens sind es Personen, die auf Grund ihrer akademischen Anbindung im weiten Feld der Politikberatung tätig sind. Drittens, und das ist die kleinste Gruppe, sind es Personen aus dem marxistisch-leninistischen oder trotzkistischen Milieu, deren Ideologie das Grundeinkommen nicht vorsieht. Wie Heinz Steinert sehr präzise ausführte, reklamieren Auffassungen auch immer Kompetenzen und Ansprüche des Sprechers und der Sprecherin. Und das gilt insbesondere dann, wenn Theorien mit gesellschaftlichen und ökonomischen Positionen, ja Jobs verbunden sind. Was ich als Problem definiere und was nicht, welche Lösungen ich vorschlage und welche ich verwerfe, bestimmt meinen Anspruch Gesellschaft zu gestalten. »Das Nicht-Sehen wichtiger Aspekte liegt keineswegs nur an der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, sondern auch an der spezifischen Optik der gesellschaftlichen Sphäre,



in der man sich gerade bewegt.« (Henning 2017; 27) Ich vermute, die Opposition gegen das Grundeinkommen hängt mit der Befürchtung zusammen, das Grundeinkommen könnte, sowohl als gegenwärtige Orientierung als auch als realisierte Institution, die eigene gesellschaftliche Bedeutung minimieren. Zu Recht oder zu Unrecht – das wäre zu diskutieren.

Trotzdem wäre es eine unzureichende Abkürzung, viele Argumente unserer KritikerInnen auf ihr Eigeninteresse in der Verwaltung, der Politikberatung oder der Ausübung von politischer Macht (oder dem Streben danach) zurückzuführen. Die Aufgabe ist und bleibt es, ihre Argumente zu analysieren und zu diskutieren. Dieser Aufgabe stellt sich dieses Buch. 9



4

Primärverteilung und/oder Sekundärverteilung

62 Unter *Primärverteilung* oder primäre Einkommensverteilung sind die Einkünfte aus unmittelbarem Erwerbseinkommen zu verstehen. Primär deshalb, weil der im kapitalistischen Sektor produzierte Mehrwert unmittelbar zwischen dem Kapital (in den Formen Profit, Zins und Grundrente) und der ArbeiterInnenklasse in Form der Löhne und Gehälter aufgeteilt wird. Unter *Sekundärverteilung* sind staatliche Transfers wie alle Formen von sozialer Unterstützung, Pensionen und anderen Zuwendungen aus dem Steueraufkommen und den Sozialversicherungsbeiträgen zu verstehen. Das Grundeinkommen wäre eine Form der Sekundärverteilung. Ich vertrete hier die These, dass die Auseinandersetzung um die Primärverteilung (also die Erwerbseinkommen) unter immer ungünstigeren Bedingungen geführt werden muss. Es gilt also, das Terrain des gesellschaftlichen Kampfes um die Sekundärverteilung zu erweitern, also Profite, hohe Einkommen und hohen Besitz via Steuern als Grundeinkommen umzuverteilen. Beide Orientierungen schließen sich nicht kategorisch aus, sondern können sich sehr wohl ergänzen. Auch bei diesem Thema zeigt sich erneut die Einseitigkeit und Starrheit der Positionen unserer KritikerInnen. Für sie ist die Primärverteilung der einzige und entscheidende Hebel für die Sicherung der Einkommen der lohnabhängigen Menschen. Die Sekundärverteilung wird nur für Personen ak-



zeptiert, die zu jung, zu krank, oder zu alt für Lohnarbeit sind oder eben trotz aller Bemühungen keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Gesellschaftspolitisch läuft bei unseren KritikerInnen alles darauf hinaus, die Primäreinkommen zu sichern und zu erhöhen. Sekundäreinkommen haben in ihren Konzeptionen bloß die Funktion, Primäreinkommen in Notfällen zu ergänzen und nötigenfalls zu substituieren. Schon die Idee, systematisch an *beiden Hebeln* anzusetzen, also auch die Sekundäreinkommen, wie es das Grundeinkommen darstellt, als ernsthafte gesellschaftliche Alternative zu stärken und zu entwickeln, wird kategorisch abgelehnt.

63

Ihre Argumentation läuft auf zwei Ebenen. Einerseits wird bestritten, dass die Sekundärverteilung überhaupt die Primärverteilung ergänzen oder gar ersetzen *kann*. Apodiktisch wird behauptet, eine umfassende Sekundärverteilung müsse unabdingbar auf Kosten der Primärverteilung gehen, im Klartext, ein Grundeinkommen würde zu ausgedehnten Niedriglohnsektoren führen. Eine rationale Diskussion scheint bei diesem Thema mit den KritikerInnen kaum möglich zu sein. Ihr Glaubenssatz kann sich auf keinerlei empirische Erfahrung stützen. Unsere KritikerInnen lassen sich auch nicht durch die Tatsache irritieren, dass auch jetzt ganz ohne Grundeinkommen Niedriglöhne weltweit der Standard sind. Die Möglichkeit für Arbeitskräfte durch das Grundeinkommen »Nein« zu unwürdigen Arbeitsbedingungen und zu angebotenen Niedriglöhnen zu sagen, soll als Argument nicht gelten. Andererseits wird der Fokus auf die Sekundärverteilung auch mit ethischen und moralischen Argumenten abgelehnt. Die Sekundärverteilung *soll* die Primärverteilung nicht wesentlich ergänzen oder gar ersetzen. Wir werden diese Argumente in den Kapiteln *Auf Kosten anderer leben – die Nur-Grundeinkommens-EmpfängerInnen als*



neue ausbeutende Klasse? sowie *Lohnarbeit und soziale Identität* ausführlich diskutieren. Klammern wir die moralischen und ethischen Argumente erst einmal aus und konzentrieren wir uns auf die realpolitischen Dimensionen der Primärverteilung, insbesondere unter klassentheoretischen Aspekten.

Die Auseinandersetzung um die Primärverteilung ist seit Jahrzehnten in der Defensive

64 Selbst wenn wir den Blick auf die Verhältnisse des globalen Norden beschränken, ist die Bilanz der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen düster. Der Neoliberalismus hat ganze Arbeit geleistet und die Kräfteverhältnisse zu seinen Gunsten verschoben. Viele Faktoren wurden in den vorhergehenden Kapiteln bereits genannt: Auflösung einheitlicher Belegschaften, neue prekäre Arbeitsformen, grassierende Scheinselbständigkeit usw. Der Niedergang der Sozialdemokratie als primärer Träger Keynesianischer Wirtschaftspolitik und das Versagen der Gewerkschaften ist mit Händen zu greifen. »Überall in der westlichen Welt erlebten die Gewerkschaften einen Generalangriff, dem sie schließlich unterlagen.« (Srnicek 2018; 21) Diesen Befund bestätigt auch der Grundeinkommenskritiker Joachim Bischoff: »Die Gewerkschaften agieren seit Jahrzehnten in der Defensive.« (Bischoff 2007; 31) Schon auf der Ebene der bloßen Lohnsummen, die ja zunächst wenig über die zugrundeliegenden Arbeitsverhältnisse aussagen, ist dies an den sinkenden Lohnquoten des gesellschaftlichen Gesamteinkommens abzulesen. Dass die reichsten 10 % und sogar das reichste 1 % reicher und reicher werden, ist Fakt. Diese Tatsachen sind schon so oft und eindrücklich dokumentiert worden, dass ich es hier bei einem Hinweis belassen kann. Zumal unsere KritikerInnen diese Tatsachen ebenfalls



beklagen, als ob statistische Dokumentationen wie von selbst ihren Fokus auf die Primärverteilung bestätigen würden. Dass sowohl auf der unmittelbar politischen Ebene – GramscianerInnen würden von Hegemonie sprechen – als auch auf der Ebene der materiellen Strukturen die politische und soziale Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften schwindet, dass das Projekt eines mehrheitlich getragenen Linkskeynesianismus aktuell keinerlei Chance auf Realisierung bietet, scheint nicht zu beirren. Aber ihr Standpunkt hat doch Methode. Da jede Alternative zur Primärverteilung strikt abgelehnt wird, bleibt offenbar nur die Option eines erzwungenen Optimismus. Ralf Krämer, der einen Kreuzzug gegen das Grundeinkommen führt, schreibt auf einer seiner Folien: »Millionen neue gute Arbeitsplätze für Soziale Dienste, Bildung, Öko-Umbau sind besser, leichter finanzierbar, bündnisfähiger und durchsetzbarer« als das Grundeinkommen. (Krämer 2017; Folie 25) Selbst der sehr bedächtig argumentierende Joachim Bischoff behauptet: »Die Fähigkeiten der Gewerkschaften zur Durchsetzung von angemessenen Einkommensforderungen und von Arbeitszeitverkürzungen schafft die Grundlage für erhöhten privaten Konsum und ist die Folge beschäftigungswirksamer Effekte.« (Bischoff 2007; 89) Bischoff schrieb das 2007, wäre es nicht angemessen, heute, dreizehn Jahre später, Bilanz zu ziehen?

65

Das »Wünsch dir was«, mit dem sie das Konzept des Grundeinkommens als unrealistisch und unrealisierbar abkanzeln, trifft mindestens ebenso auf ihre Orientierung zu. Mit welcher Unbedarftheit ein gezähmter, sozialer und gerechter Kapitalismus als Ziel angestrebt wird, selbstredend mit guter, befriedigender und zeitlich reduzierter Arbeit, ist schon erstaunlich. Ein derartiger Zustand wurde nicht einmal in den goldenen 60er und 70er Jahren erreicht, Jahre, in denen die europäische Sozialde-



mokratie ihren Höhepunkt erreichte und hierzulande die SozialpartnerInnen, die VertreterInnen der Gewerkschaften und des Kapitals, so etwas wie die heimliche aber mächtige Schattenregierung darstellte. Heute betteln in Österreich die konservativeren Teilgewerkschaften auf Demonstrationen darum, von den VertreterInnen des Kapitals überhaupt gehört zu werden. Auf der vom Österreichischen Gewerkschaftsbund organisierten Demonstration gegen die Einführung eines möglichen 12-Stunden-Tages hieß es auf einigen Transparenten der zugegeben besonders konservativen GÖD (Gewerkschaft öffentlicher Dienst) fast wörtlich: Bitte redet doch mit uns! Nebenbei, der österreichische Gewerkschaftsbund hat das Gesetz über den 12-Stunden-Tag inzwischen stillschweigend akzeptiert.

Schäumen die Kritiken am Grundeinkommen von Begriffen wie »objektiv«, »Kräfteverhältnis« und »Realismus« geradezu über, wird auf strukturelle und objektive Tatsachen mit einem trotzig »dagegen müssen wir kämpfen« reagiert, ungeachtet aller objektiver Faktoren, die diesen Bestrebungen entgegenstehen. Das zweierlei Maß der Kritik ist unübersehbar. Der schonungslose pessimistische Realismus, den die KritikerInnen des Grundeinkommens an den Tag legen – wobei ich diese Einwände keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen möchte – kontrastiert mit einem befremdlichen Optimismus bezüglich der Realisierung ihres Programms. Unser höchst engagierter Kämpfer gegen das Grundeinkommen, Christoph Butterwegge, schreibt, und ich gebe ihm da völlig recht: »Nie war das Kapital mächtiger und weltbeherrschender als gegenwärtig, weshalb die politischen Forderungen seiner KritikerInnen, wenn diese ernstgenommen werden und sich durchsetzen wollen, realitätsgerecht, d. h. erheblich weniger illusionär sein müssen.« (Butterwegge 2018; 211) Warum es leichter und we-



niger illusionär sein soll, auf der Ebene der Primärverteilung denn auf der Ebene der Sekundärverteilung zu punkten, das freilich ist nicht nachvollziehbar.

Jede Primärverteilung ist ungleich und ökonomisiert gesellschaftliche Unterdrückung und Diskriminierung

Die Lohneinkommen bilden eins zu eins die Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft ab. *Die Lohn- und Erwerbsarbeit kompensiert diese Hierarchien nicht, sondern ökonomisiert sie zusätzlich.* VertreterInnen des Grundeinkommens weisen entschieden auf diesen Umstand hin. Deswegen meinen auch Appel, Gubitzer und Wohlgenannt: »Schon aus diesen Gründen ist es für Frauen riskant, sich alleine auf die primäre Einkommensverteilung zu verlassen.« (Appel; Gubitzer; Wohlgenannt 2013; 102) Wir haben es nicht nur mit dem Gegensatz von Einkommen der Männer vs. jener der Frauen zu tun, sondern stoßen auf eine ganze Reihe ineinander geschachtelter Einkommenshierarchien. Es gibt klassische Niedriglohnsektoren und traditionelle Hochlohnsektoren. Die Einkommen der einheimischen Männer variieren bedeutend entlang von Kriterien wie soziale Herkunft, Ausbildung und Positionierung im Unternehmen. Dasselbe gilt für einheimische Frauen, deren Einkommen durchschnittlich unter jenem der Männer liegt, auch wenn es Frauen in Spitzenpositionen gibt, die weit mehr als unqualifizierte Männer verdienen. Bei MigrantInnen ist es oft entscheidend, aus welchem Land und aus welcher Kultur sie stammen. Die Bandbreite ihrer Einkommen kann zwar insbesondere bei Facharbeitern in jene der einheimischen Männer reichen, im Durchschnitt arbeiten sie aber zu geringerer Entlohnung. Am unteren Ende finden sich die Verdienste migrantischer Frauen, katastrophal sind die Arbeitsbedingun-



gen und die Einkommen von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Diese komplexe hierarchische Struktur der Einkommen und der Arbeitsbedingungen war und ist weltweit so, seit Jahren und Jahrzehnten, überall auf der Erde. Die Ökonomisierung sozialer Herrschaftsstrukturen ist eine unbestreitbare Tatsache. Sie könnte nur durch eine vollkommen unrealistische und utopische Maßnahme wirklich überwunden werden, nämlich durch absolut gleiche Löhne für alle und für jede Tätigkeit, egal welche. Die Forderung »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« hingegen lässt die Hierarchien bestehen und legitimiert sogar ungleiche Bezahlung, wenn die Arbeit eben »ungleich« ist. Selbst wenn es gleich viel Ärztinnen wie Ärzte, männliches wie weibliches Pflegepersonal geben sollte, verdienen ÄrztInnen wesentlich mehr als Pflegekräfte. Die Hierarchie der Löhne und Wertschätzungen bleibt bestehen.

Der traditionelle gewerkschaftliche Lohnkampf organisiert nur einen Teil des Proletariats

Die Orientierung auf Lohn- und Arbeitszeitkämpfe kann angesichts der neoliberalen Verhältnisse immer nur Teile des Proletariats erfassen. Der Fokus auf Mittel- und Großbetriebe ist letztlich unzureichend. Der Kampf um die Primärverteilung ist notgedrungen immer lokal und sehr spezifisch. Hinzu tritt, wie im eingefügten Exkurs *Überlegungen aus der Marxschen Perspektive* argumentiert, dass das kulturell unterfütterte ArbeiterInnenbewusstsein massiv geschwunden ist. Man lebt in verschiedenen Arbeits-Welten und sozialen Kulturen und weiß das auch. Wohl versuchen die Gewerkschaften darauf zu reagieren, der Erfolg ist mehr als bescheiden. Wie differenziert sich die Verhältnisse darstellen und wie wenig gewerkschaftliche Kämpfe greifen, mag ein kleines Beispiel erhellen: In Österreich



wurde 2020 endlich ein Kollektivvertrag für FahrradzustellerInnen erkämpft. Doch die positive Wirkung blieb notwendig beschränkt. Die meisten der ZustellerInnen arbeiten »in einer nicht näher definierten Grauzone zwischen Selbstständigkeit und fixem Beschäftigungsverhältnis, vulgo Scheinselbstständigkeit. Der Kollektivvertrag hat für sie keine Auswirkungen, denn dieser gilt nur für die Fixangestellten, also nur für rund zehn Prozent der Mjam Plus-LieferantInnen. ... Die Auseinandersetzung der FahrradzustellerInnen gegen ihre ArbeitgeberInnen zeigt auch, dass die Instrumente der Arbeitskämpfe von einst heute nur noch eine beschränkte Wirkung haben. Denn die Rahmenbedingungen sind andere. Der oder die eigentliche ArbeitgeberIn sitzt fernab des Arbeitsplatzes und genießt europaweit eine De-facto-Monopolstellung; Beschäftigte haben kaum Möglichkeiten, ihre Interessen zu organisieren, und mittels abstruser Rechtskonstrukte wird versucht, Rechte von Arbeitnehmerinnen und -nehmern zu untergraben.« (Greß 2020; 17f)

69

Nach meiner Sichtweise drängen die Verhältnisse selbst zu einer Strategie, die sowohl gesamtgesellschaftlich als auch hoch individuell orientiert ist. Eine solche Strategie ist die angemessene Antwort auf die neoliberalen Transformationen und Begehrlichkeiten. Das Grundeinkommen leistet dies. Es besitzt einerseits eine gesamtgesellschaftliche Dimension, die kein Lohnkampf jemals erreichen kann. Das Grundeinkommen soll eben für alle sein. Andererseits stärkt es die hoch individuelle Verhandlungsmacht, jedes Individuum kann aus seiner Perspektive »Nein« zu Arbeitsbedingungen sagen. Diese Orientierung steht einem dritten Weg auf der Ebene der Großbetriebe und Branchen ja nicht entgegen. Aber ich hoffe, es wird für meine LeserInnen immer deutlicher: anstelle eines Sowohl-als-auch, setzen unsere KritikerInnen extrem einseitig auf die Primärverteilung.

Lösung Mindestlohn?

Dass der traditionelle gewerkschaftliche Kampf die ökonomische Situation für große Teile der Lohnabhängigen nicht mehr sichern kann, zeigt sich nach meinem Dafürhalten an der Einführung des Mindestlohns auch in Deutschland seit 2015. Mindestlöhne gibt es in sehr vielen Staaten, Österreich macht da noch eine Ausnahme. Die Mindestlöhne sind zumeist sehr gering, sie betragen 9,35 Euro in Deutschland, kaufkraftbereinigt circa 6 Euro in den USA und Japan, Stand 2020. Wie sind diese Mindestlöhne sozialpolitisch einzuschätzen? *Es zeigt sich, dass die*

70 *Verhältnisse zu gesamtgesellschaftlichen, umfassenden Regelungen drängen.* Kollektivverträge erfassen offensichtlich immer geringere Sparten der kapitalistischen Ökonomie, zu viele unregelte und unregelbare Bereiche fallen heraus. Obwohl die Klage der Unternehmerverbände angesichts der Einführung des Mindestlohnes ergreifend sind und nach der Einführung versucht wird, diesen zu unterlaufen, wird doch der Mindestlohn weltweit von den KapitalvertreterInnen nicht ernsthaft in Frage gestellt. Ich meine auch eine echte Sorge bei den herrschenden Klassen zu erkennen, das Ausmaß der *working poor* würde bei permanent sinkenden Löhnen derart steigen, dass große Teile des Proletariats selbst bei vierzig, fünfzig oder mehr Wochenstunden massiv verarmen würden. Allerdings verlangen Mindestlöhne den Einsatz des ganzen Menschen, der ganzen Arbeitszeit. Mindestlöhne sichern ein halbwegs angemessenes Einkommen nur bei Vollzeittätigkeit. Es stärkt das Dogma, nur wer Vollzeit arbeitet, soll davon wirklich leben können. Dieses Dogma wird auch von unseren linken KritikerInnen des Grundeinkommens geteilt. Warum wir nicht zum Beispiel von zwanzig Wochenstunden angemessen leben können sollen, ist nur dann nachvollziehbar, wenn die Klagen und Einwände der Kapitaleigner akzeptiert werden.



Mythos Stillhalteprämie

Das provoziert allerdings die Frage: Hat nicht also der Mindestlohn Aspekte einer Stillhalteprämie? Gilt nicht das, was uns die KritikerInnen vorwerfen, nämlich das Grundeinkommen als Stillhalteprämie, nicht auch für den Mindestlohn? Flassbeck et al. bejahen dies ganz offen: Der Mindestlohn »trägt sozusagen dazu bei, dass das öffentliche Gut »sozialer Frieden« produziert wird.« (Flassbeck et al. 2012; 72) Eine interessante Position: Das Grundeinkommen als Stillhalteprämie wäre abzulehnen, der Mindestlohn mit demselben Effekt aber nicht? Ich halte den Begriff der Stillhalteprämie für grundsätzlich unsinnig, er gilt weder für den Mindestlohn noch für das Grundeinkommen. Rebellionen und Revolten lassen sich nicht simpel mittels ökonomischer Zugeständnisse abwürgen. Das lässt sich durch die historische Erfahrung belegen. Die 68er-Bewegung fand am Höhepunkt des Nachkriegsbooms statt. Sie wird unter anderem von Immanuel Wallerstein folgendermaßen charakterisiert: »There have only been two world revolutions. One took place in 1848. The second took place in 1968. Both were historic failures. Both transformed the world.« (Wallerstein 1989; 97) 1968 war der steigende Wohlstand für die Massen unmittelbare Realität, die Arbeitszeitverkürzung hatte Fahrt aufgenommen, der klassische Sozialstaat funktionierte prächtig. Einen Job zu finden war damals ein Kinderspiel. Und doch brach gerade vor dem Hintergrund dieser Verhältnisse jene Revolte aus, deren Wirkungen bis zur Gegenwart reichen. Aber es gilt auch das Gegenteil, die Massen sind nicht umso rebellischer, je miserabler ihre Lebensbedingungen sind. Die historische Erfahrung lehrt, dass es überhaupt keinen simplen linearen Zusammenhang zwischen ökonomischer Situation und der sozialpolitischen Reaktion der Massen gibt. Armut erzeugt mit-



nichten linear Widerstand ebenso wenig wie ökonomische Zugeständnisse linear politische Rebellion stilllegen können. Den Mindestlohn gibt es nicht, um soziale Rebellion zu verhindern, sondern um ein gewisses Niveau des ökonomischen, kulturellen und sozialen Lebens zu sichern. Im reichen globalen Norden lassen sich hungernde Massen und von Waren überquellende Shopping Center eben schwer vereinbaren. Aber im Mindestlohn drückt sich materiell die Tatsache aus, dass die herkömmlichen Formen des Verteilungskampfes für immer mehr Lohnabhängige versagt haben.

72

Der Mindestlohn ist keine gesamtgesellschaftliche Lösung

Das Problem bei einem Mindestlohn: Man muss überhaupt erst einen Lohn bekommen. Insbesondere in England sind sogenannte Null-Stunden-Verträge populär. Ob und in welchem Ausmaß tatsächlich Beschäftigung angeboten wird, bleibt ungewiss und entscheidet sich von Fall zu Fall. Was nützt ein Mindeststundenlohn den zu diesen Bedingungen Beschäftigten? Ebenso ist ein Mindestlohn bei allen Formen von Selbständigkeit und Scheinselbständigkeit ohne Relevanz, das gilt auch für Erwerbsarbeitslose, sich in Ausbildung befindliche Personen, Alte, Kranke, Kinder. Das Grundeinkommen umfasst hingegen alle, egal in welcher sozialen oder ökonomischen Situation, egal wie das Gestern war und was das Morgen bringt. Es realisiert objektiv die Interessen der gesamten Klasse an einer angemessenen Sicherung der Basisexistenz, unabhängig von den Wechselfällen des Arbeitsmarktes und der individuellen Biographie. Es ist eine Forderung, die umfassend das gesamte Proletariat umfasst. Es realisiert objektiv das Prinzip Klasse gegen Klasse, ohne martialisch das Wort Klassenkampf in den Mund zu nehmen. (Warum alle es bekommen müssen,



sollte doch aus dem ersten Kapitel klar geworden sein, es geht um die Verwirklichung eines umfassenden Verhältnisses Individuum – Gesellschaft.)

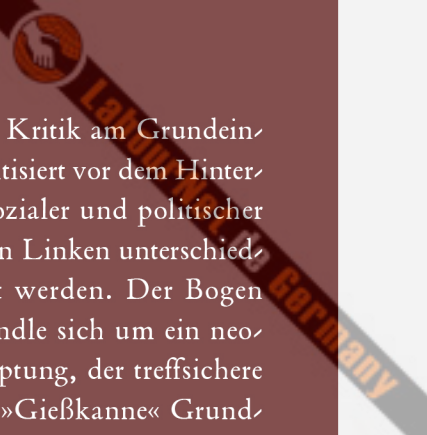
Wir benötigen eine klare, umfassende, gesamtgesellschaftliche Orientierung, die zugleich der Verschiedenheit der Lebenslagen Rechnung trägt

Die Perspektive auf die Primärverteilung ist offensichtlich seit Jahrzehnten in der Krise. Warum also nicht die Strategie wechseln, warum die Primärverteilung nicht durch die Perspektive auf eine umfassende und niemanden ausschließende Sekundärverteilung ergänzen? Warum nicht dem Neoliberalismus eine neue Orientierung gegenüberstellen, warum stattdessen ausschließlich auf den etwas altbackenen Gewerkschaftskampf setzen, obwohl sich die gesellschaftlichen Bedingungen dafür permanent verschlechtern? Die bloße Teilhabe an der Primärverteilung garantiert insbesondere für die neuen prekären Arbeitsformen wenig bis nichts. Die traditionelle gewerkschaftliche Orientierung ist weder umfassend gesamtgesellschaftlich ausgerichtet, noch stärkt es die individuelle Verhandlungsmacht. Der Lohnkampf kann weder eine Lösung für das Proletariat insgesamt entwickeln, noch berücksichtigt er die individuellen Bedürfnisse der Menschen. Er wirkt in erster Linie bei großen Betrieben und einzelnen Branchen, zudem ist er äußerst paternalistisch bestimmt: Was für die Belegschaft gut und wichtig ist, glauben die gewerkschaftlichen Funktionäre zu wissen. Das Grundeinkommen hingegen thematisiert sowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt als auch die individuelle Ebene der einzelnen Person und ihrer speziellen Bedürfnisse. Ich vermute, dass das veraltete Verständnis des Proletariats als ArbeiterInnenschaft einiges dazu beiträgt, Individualität



höchst skeptisch zu betrachten und darin keinerlei Anknüpfungspunkt für gesellschaftlich emanzipatorische Veränderungen zu erkennen. Aber flächendeckende konkret vergleichbare Lebenslagen sind Geschichte. Da der individualisierte Aspekt des Grundeinkommens zugleich mit einer umfassenden, gesamtgesellschaftlichen Regelung verknüpft ist – eines bedingt das andere –, ist es albern, dem Grundeinkommen neoliberale Aspekte zuordnen zu wollen. Die gesamtgesellschaftliche und die individuelle Dimension stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Dass der Paternalismus der Herren und Damen der Arbeitsgesellschaft diese hindert, der Individualität der Menschen gerecht zu werden, kann nicht dem Grundeinkommen als Defizit angerechnet werden. Wenn die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Verteilung des Mehrwerts im unmittelbaren Kapitalverhältnis sich so ungünstig entwickelt wie aktuell, warum nicht die Ebene wechseln? Warum nicht zusätzlich auf eine gesamtgesellschaftliche Orientierung setzen, darauf, dass dem Kapital der Mehrwert über gesamtgesellschaftliche Mechanismen, sprich durch eine massive Besteuerung, wieder enteignet und egalitär verteilt wird? Es sollte für Linke und MarxistInnen eigentlich selbstverständlich sein: Die Wiederaneignung des geschaffenen Mehrwerts muss ein gesamtgesellschaftlicher Prozess sein. Lohnsteigerungen für einzelne Abteilungen, Branchen und Berufsgruppen können dies nicht leisten, verschärfen sogar oftmals die Hierarchie innerhalb der Lohnabhängigen. Wenn zwei Personen, die exakt dasselbe tun, unterschiedlich entlohnt werden, bloß weil die eine Person Stammpersonal, die andere eine LeiharbeiterIn ist, dann ist doch einiges schiefgelaufen. Andererseits ist es unrealistisch, die Vielfalt der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen zurückzunehmen und erneut Verhältnisse der

fordistischen Massenarbeit anzustreben. Auf die gesamtgesellschaftlichen neoliberalen Transformationen muss eine ebenso umfassende, gesamtgesellschaftliche Antwort erfolgen: und die leistet nur das Grundeinkommen.



Karl Reitter nimmt sich die linke Kritik am Grundeinkommen vor: Er analysiert und kritisiert vor dem Hintergrund aktueller ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklungen Einwände, die von Linken unterschiedlicher Orientierung vorgebracht werden. Der Bogen spannt sich vom Vorwurf, es handle sich um ein neo-liberales Projekt, über die Behauptung, der treffsichere Sozialstaat dürfe nicht durch die »Gießkanne« Grundeinkommen ersetzt werden, bis zum Einwand, jene, die »nur« ein Grundeinkommen beziehen würden, würden auf Kosten der LohnarbeiterInnen leben. Ebenso wird auf Befürchtungen eingegangen, ein Grundeinkommen würde Frauen zurück an den Herd drängen und das Engagement für Arbeitskämpfe würde sinken.

Reitter stellt klar, worum es den BefürworterInnen eines emanzipatorischen Grundeinkommens eigentlich geht, welche Bedeutung es für eine offensive Verteidigung des Sozialstaates – und was es tatsächlich bedeutet, es abzulehnen.

Mit einem Anhang »Dimensionen der Finanzierung eines Bedingungslosen Grundeinkommens«

ISBN 978-3-85476-901-9